

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Soziokulturelle Zentren in Sachsen-Anhalt

Liebe Leser_innen,
liebe Freund_innen,

Ende September veröffentlichten der TAGESSPIEGEL und die ZEIT ihre aktuellen Recherchen zu Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland seit 1990: Mindestens 137 Menschen haben seitdem durch politisch rechts motivierte Gewalttaten ihr Leben verloren. Unter ihnen sind auch zwölf Todesopfer aus Sachsen-Anhalt.

Wie die Dokumentation belegt, sind oftmals ohnehin diskriminierte Gruppen besonders gefährdet: sozial Benachteiligte wie der 43-jährige Wohnungslose Eberhart Tennstedt, der im April 1994 von drei Rechten in Quedlinburg (Harz) in einen Fluss getrieben wurde und ertrank. Oder der geistig behinderte 37-jährige Hans-Werner Gärtner aus Löbejün (Saalekreis), der im Oktober 1999 von einem rechten Trio zu Tode gequält wurde. Punks wie der 23-jährige Thorsten Lamprecht, der im Mai 1992 bei einem Überfall rechter Skinheads auf eine Party

in dem Magdeburger Lokal „Elbterrassen“ getötet wurde und Migrant_innen wie der 39-jährige Alberto Adriano, der im Juni 2000 von drei Neonazis im Dessauer Stadtpark so schwer misshandelt wurde, dass er drei Tage später starb.

Einen wichtigen Beitrag gegen menschenverachtende Aktivitäten und Gewalt leisten soziokulturelle Zentren: als Anlaufpunkte für nichtrechte Jugendliche, für Flüchtlinge und Migrant_innen sowie sozial Benachteiligte, als Orte der Selbstorganisation, als Ausgangspunkte für vielfältige politische und kulturelle Aktivitäten und nicht zuletzt als Schutzräume. Deshalb widmen wir ihnen diese Schwerpunktausgabe der „informationen“. Für einen tieferen Einblick haben wir Aktivist_innen des Alternativen Zentrums in Salzwedel interviewt (S. 4 und 5). Über die Initiative Alternatives Merseburg und ihre Aktivitäten berich-

ten wir auf S. 6. Auf S. 7 beleuchten wir zudem beispielhaft die Situation soziokultureller Zentren in Sachsen-Anhalt. Sich für deren Erhalt einzusetzen ist nicht nur eine entscheidende Voraussetzung, eine emanzipatorische Kultur als Gegenbewegung zum rechten Mainstream zu erhalten, sondern auch dafür, dass alternative und nichtrechte junge Menschen nicht sobald wie möglich wegziehen (müssen) und Jüngere – gerade im ländlichen Raum – alternativlos zurückbleiben. Deshalb hat die praktische und politische Unterstützung soziokultureller Zentren immer auch eine doppelte Signalwirkung: an (potenziell) Betroffene rechter und rassistischer Gewalt, dass sie mit ihren Anliegen nicht alleine gelassen werden. Und an die Täter_innen und ihr Umfeld, dass sich ihre Verdrängungs- und Dominanzbestrebungen ins Gegenteil verkehren. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffenen rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

14. Juni/Halle

Gegen 2:30 Uhr werden ein 41-jähriger Mann aus Burkina Faso und seine 22-jährige Begleiterin von zwei Männern rassistisch beleidigt. Dann wird der 41-Jährige zu Boden geschlagen. Die Polizei kann zwei Tatverdächtige festnehmen.

26. Juni/Magdeburg

Gegen 0:30 Uhr wird ein 20-Jähriger auf dem Nachhauseweg im Stadtteil Reform aus einer sechsköpfigen Gruppe heraus gefragt, ob er ein Punk sei. Dann schlägt ihm einer der Unbekannten mehrfach mit der Faust ins Gesicht. Als zwei Bekannte einschreiten, werden auch sie angegriffen und verletzt. Die durch eine weitere Zeugin alarmierte Polizei stellt noch vor Ort zwei Tatverdächtige fest.

Vor Gericht I:

Spätes Urteil in Magdeburg

Im Juli 2010 hat das Amtsgericht Magdeburg zwei Neonazis aus Halle wegen gefährlicher Körperverletzung zu Freiheitsstrafen von je acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Der heute 27-jährige Informatikstudent Matthias Bady trat zuletzt 2009 als Kandidat der NPD zur Stadtratswahl in Halle an. Zuvor hatte er den 2006 gegründeten Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Halle geleitet. Auch der mittlerweile 23-jährige Tony F. beteiligte sich seit etlichen Jahren an Neonaziaktivitäten.

Mit seinem mittlerweile rechtskräftigen Urteil folgte das Gericht der Aussage des Betroffenen: Am Morgen des 1. Januar 2009 hatten die beiden Angeklagten den 24-Jährigen mit den Worten „Da ist der Antifa“ in der Unterführung des Magdeburger Hauptbahnhofs bedrängt und geschubst. Dann verfolgten sie ihn in die Bahnhofsvorhalle, wo Matthias Bady dem Betroffenen zwei Kopfstöße versetzte. Erfolglos versuchte der Betroffene sich Hilfe bei den Umstehenden zu holen. Erst nachdem er Pfefferspray einsetzte, gelang es ihm zu flüchten, wobei Tony F. ihm noch aus kurzer Distanz eine Bierflasche hinterher warf, die seinen Kopf nur knapp verfehlte.

Von dem Betroffenen alarmierte Bundespolizisten stellten die Neonazis noch im wartenden Zug nach Halle. Deren aggressives Auftreten gegenüber den Beamten zog Anzeigen wegen Widerstands und Nötigung nach sich. Später erstatteten auch die Angreifer Anzeige gegen den Betroffenen. Diese von organisierten Neonazis seit Jahren verfolgte Strategie der Gegenanzeige war zunächst erfolgreich: Im August 2009 stellte die Staatsanwaltschaft Magdeburg die Verfahren gegen die Neonazis und den Betroffenen ein. Dass die Angeklagten jetzt doch verurteilt wurden, ist dem engagierten Rechtsanwalt des Betroffenen zu verdanken. Auch die rechte Tatmotivation wurde erst durch seine Intervention Bestandteil der Ermittlungen. ■

Vor Gericht II:

Bewährung nach Hetzjagd

Am 19. Juli 2010 fand vor dem Landgericht Magdeburg die Berufungsverhandlung gegen einen 32-jährigen Neonazi statt, der gemeinsam mit weiteren Rechten am 6. Januar 2008 einen Flüchtling durch Magdeburg gehetzt und angegriffen hatte. Der damals 29-Jährige war gegen 0:45 Uhr auf dem Nachhauseweg, als er aus einer Gruppe von vier Deutschen u.a. als „Neger“ beleidigt wurde. Der Ivorer reagierte mit „Fuck you“ und ging weiter. Als die Gruppe ihn verfolgte, flüchtete der Betroffene in einen Imbiss. Die Gruppe war inzwischen auf mehr als zehn Personen angewachsen, die vor dem Geschäft massive Beleidigungen und Drohungen ausstießen.

Aus Angst, die Rechten könnten den Imbiss zerschlagen, forderte der Besitzer den 29-Jährigen auf zu gehen. In Todesangst rannte der Betroffene in Richtung seiner telefonisch alarmierten Freunde. Als er sie erreicht hatte, griffen die Rechten die Migranten an. Der Angeklagte verletzte den Ivorer durch einen Faustschlag ins Gesicht.

Das Amtsgericht Magdeburg berücksichtigte in erster Instanz im November 2009 weder die gemeinschaftliche Vorgehensweise der Angreifer noch die rassistische Tatmotivation. Im Gegenteil, die Richterin konstatierte eine Mitschuld des Betroffenen, da er die anfängliche Beleidigung zurückgewiesen hatte. Der Angeklagte, der sich vor Gericht freimütig als „Nationalsozialist“ bezeichnete, wurde lediglich wegen einfacher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt.

Das Landgericht verurteilte den Neonazi nun in zweiter Instanz wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Die rassistische Tatmotivation wurde erneut nicht strafscharfend berücksichtigt. Dennoch wertete der Betroffene die gerichtliche Anerkennung des stattgefundenen Gruppenangriffs als Erfolg. ■

Lauchaer Zustände

Eine Überraschung erlebten Beobachter_innen des Kinderfußballtrainings beim BSC 99 Laucha, die Mitte September am Vereinsgelände vorbeikamen: Ein gut gelaunter Lutz Battke, NPD-Stadt- und Kreisrat, Bezirksschornsteinfegermeister und angeblich vom BSC 99 entlassener Fußballtrainer begrüßte die ankommenden Kinder. Die Unverfrorenheit, mit der der örtliche Fußballverein die Öffentlichkeit im Fall des rechtsextremen Fußballtrainers belügt, verwundert inzwischen allerdings kaum noch.

Denn nur zähneknirschend und nach monatelangem, massivem Druck von Medien, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und dem Landessportbund hatte der Vereinsvorstand im August den 52-jährigen Battke pro forma aus seinem Trainerposten entlassen. Kurz darauf wurde bekannt, dass Battke bei einem Übungsspiel der F-Jugend als Schiedsrichter eingesetzt wurde. Inzwischen hat der Landessportbund angekündigt, den Ausschluss des Vereins zu prüfen.

Antisemitischer Angriff

Anlass für das mediale Interesse an Battke war die Tatsache, dass ein 20-jähriger Spieler des BSC 99 am 16. April 2010 einen 17-jährigen Schüler israelischer Herkunft an einer Bushaltestelle zunächst als „Judenschwein“ beschimpft und dann massiv angegriffen hatte. Der 17-Jährige wurde zunächst ins Gesicht und nach einer kurzen Flucht zu Boden geschlagen. Nur das beherzte Eingreifen eines Autofahrers verhinderte, dass der Rechte weiter auf den am Boden liegenden Schüler eintrat.

Die Familie des Betroffenen entschied sich – auch mit Unterstützung der Mobilen Opferberatung – für eine offensive Auseinandersetzung mit dem Angriff und den damit untrennbar verbundenen Lauchaer Zuständen. Mit der Berichterstattung, die auf den Angriff folgte, wurde vor allem eines deutlich: Die extreme Rechte - und insbesondere

Lutz Battke als ihre Frontfigur – konnte im Burgenlandkreis ein Jahrzehnt lang ungestört ihren Spielraum im sozialen, öffentlichen und politischen Raum ausbauen.

Kritiker als Nestbeschmutzer

Diejenigen, die sich dagegen wehrten und wehren, gelten – allen derzeit eher mühsam und zäh inszenierten Toleranzveranstaltungen zum Trotz – noch immer vielen in der Region als „Nestbeschmutzer“. Das hat auch die Familie des Betroffenen erfahren: Neben viel Zuspruch und Unterstützung aus dem gesamten Bundesgebiet stießen sie im Burgenlandkreis auf den immer gleichen Vorwurf: Die öffentliche Forderung nach einer gesellschaftlichen und politischen Ächtung stärke lediglich die Position Lutz Battkes und führe dazu, dass die NPD – die in Laucha mit 13,5 Prozent der Stimmen bei den vergangenen Kommunalwahlen ihr regionales Rekordergebnis einfuhr – noch mehr Wählerstimmen erhalten würde.

Und beim BSC 99 Laucha scheint man der Ansicht zu sein, mit der Verurteilung des 20-Jährigen für den antisemitischen Angriff Ende August durch das Amtsgericht Naumburg zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung könne man nun – bei nachlassendem medialen Interesse, wieder aufs „NPD-Los“ - und damit zur gewohnten Ordnung - zurückkehren. So durfte auch Alexander P., der nach dem Angriff vom Spielbetrieb suspendiert worden war, bereits wenige Tage nach seiner Verurteilung wieder Tore für den BSC 99 schießen.

Die Mobile Opferberatung, die die betroffene Familie auch nach dem Prozess unterstützt, wird sich weiter gemeinsam mit all denjenigen, die sich nicht länger mit den Lauchaer Zuständen arrangieren wollen und können, dafür einsetzen, der Hegemonie der extremen Rechten und deren Rückhalt durch eine schweigende, verharmlosende oder zustimmende Mehrheit ein Ende zu setzen. ■

Juni/ Schkopau (Saalekreis)

Eine alternative Jugendliche ist gegen 22 Uhr mit ihrem Fahrrad auf dem Nachhauseweg, als plötzlich ein mit mehreren augenscheinlich Rechten besetztes Auto entgegen der Fahrtrichtung neben ihr hält. Der Fahrer beschimpft die junge Frau, während der Beifahrer bereits seine Tür öffnet. In Panik fährt die 17-Jährige weiter. Da das Auto erst wenden muss, hat die Betroffene einige Meter Vorsprung. Nach ca. 200 Metern kann sie über einen Bahnübergang entkommen, dessen Schranke bereits herunter geht.

7. Juli/Halle

Nach dem WM-Aus für Deutschland im Halbfinalspiel gegen Spanien wird ein 29-jähriger Migrant an einer Tankstelle von deutschen Fußballfans angepöbelt. Dann stürmen mehr als 15 Jugendliche auf ihn los, treten und schlagen u. a. mit Flaschen auf ihn ein. Der Betroffene kann zunächst flüchten. Da er sich aber in einer Sackgasse befindet, wird er beim Versuch, sie zu verlassen erneut angegriffen. Der Betroffene wird schwer verletzt und muss mehrere Tage ins Krankenhaus.

8. Juli/Merseburg

Gegen 22 Uhr pöbeln drei offenbar alkoholisierte Männer lautstark vor einem Döner-Imbiss herum. Als der Mitarbeiter des Lokals ihnen den Zutritt verwehrt, dreht ihm einer der Männer den Arm um. Die anderen beiden schlagen unter rassistischen Beschimpfungen auf den Betroffenen ein.

11. Juli/Gardelegen

Während einer privaten Feier in einem Jugendzentrum tauchen kurz nach Mitternacht plötzlich mehrere, z.T. stadtbekannte Rechte am Eingang auf. Als zwei alternative Jugendliche sie weg-schicken wollen, werden sie von der Sechsergruppe angegriffen. Dabei rufen die Angreifer „Hier ist der nationale Widerstand“.

26. Juli/Halberstadt (Harz)

In der Nähe eines NP-Marktes wird ein Flüchtling aus Indien gegen 20:15 Uhr von mehreren Rechten angegriffen. Sie rufen „Ausländer raus!“ und schlagen und treten auf den 28-Jährigen ein. Die von dem Betroffenen alarmierte Polizei kann noch in Tatortnähe einen alkoholisierten 40-Jährigen vorläufig festnehmen. Der 28-Jährige muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

„Selbstverwaltung heißt nicht, dass es sich von selbst verwaltet“

Interview mit Aktivist_innen zum Autonomem Zentrum in Salzwedel

Soziokulturelle Zentren sind für viele Jugendliche und junge Erwachsene oftmals die einzige Alternative, wenn sie sich nicht den dominanten extrem rechten Jugendkulturen anschließen wollen. Auch das Autonome Zentrum in Salzwedel ist seit seiner Eröffnung im Januar 2010 ein solcher selbstorganisierter Freiraum. Wir haben mit Aktivist_innen vor Ort gesprochen über ihre Ziele, Selbstverwaltung und die aktuelle Situation.

Das Autonome Zentrum bietet explizit nicht-rechten Raum für die Menschen in Salzwedel und Umgebung. Warum? Was ist eure Zielsetzung?

Erst einmal wollten wir solch einen Ort schaffen, weil der uns hier einfach gefehlt hat. Es gab in Salzwedel keinen solchen Raum, der sich explizit als links und unkommerziell versteht. In Salzwedel sind viele der Veranstaltungsräume tendenziell eher nach rechts offen oder zumindest haben sie rechte Türsteher, beispielsweise den „Selbstschutz Deutschland“. Dann war es uns wichtig, einen Raum für einen Infoladen zu schaffen, indem über Politik und vieles mehr gelesen und diskutiert werden kann.

Wenn ihr zurückblickt. Welche Strukturen haben Euch unterstützt oder zumindest keine Steine in den Weg gelegt?

Wir wurden seit der Gründung von vielen Menschen unterstützt, einzelnen oder als Gruppen. Wir mussten ja viel bauen. Deshalb haben wir zur Sanierung immer mal wieder Bauwochen organisiert, zu denen kamen viele Handwerker_innen und haben für Kost und Logis gearbeitet. Dann haben wir in verschiedenen Städten in der weite-

ren Umgebung Soliparties organisiert, etwa in Bremen und in Oldenburg. Auch da hatten wir immer viele Helfer_innen, sowohl aus der Altmark als auch vor Ort. Auch finanziell gab es Unterstützung, es gab einige Sachspenden oder wir haben gute Preise bekommen für Sachen, die wir brauchten, nachdem die Leute wussten, worum es geht. Auch die Stadt, also das Bau- und Ordnungsamt war sehr kulant. Sie haben bisher nicht versucht, uns Steine in den Weg zu legen. An dieser Stelle mal Danke an alle, die uns unterstützt haben.

Um mal den Blick nach Innen zu lenken: Wo gab es Reibungsverluste, was ließ sich nicht komplett oder kompromissfrei umsetzen? Welche Kompromisse musstet ihr miteinander machen?

In unseren Diskussionen ging und geht es immer wieder um unser Verhältnis zur Stadt, die Frage, welche Veranstaltungen wir machen, worüber im Infoladen informiert wird oder wie wir mit Diskriminierungen umgehen. Das sind alles kontroverse Punkte, die in einem dynamischen Prozess immer wieder diskutiert werden.

Wie attraktiv ist das Autonome Zentrum? Von wo kommen die Leute zu Vokü (Volxsküche) und zu euren Veranstaltungen? Wie denkt ihr, werdet ihr in Salzwedel wahrgenommen?

Zu uns kommen größtenteils Leute aus der Altmark und dem Wendland. Wenn man einen Radius von 20 Kilometern um Salzwedel zieht, dürfte man die meisten mit einbeziehen. Im Rückblick können wir sagen, das Autonome Zentrum ist positiver aufgenommen worden als sich die Gruppe je erträumt hat. Wir haben viel positiven Zuspruch, gerade in Bezug auf den Infoladen bekommen.

Selbstverwaltung bedeutet große Autonomie, aber auch viel Arbeit und Verantwortung. Wie geht ihr damit um? Welche Probleme sind „typisch“?

Hierzu gab es mal auf einem unserer Plena einen guten Spruch: Selbstverwaltung heißt nicht, dass es sich von selbst verwaltet. Konkret ist es oft so, das „Hausaufgaben“ nicht gemacht werden und wir über ein und dieselbe Sache immer und immer wieder diskutieren müssen. Das zehrt ganz schön an den Kräften.

Habt ihr dafür ein Beispiel?

Ein wichtiger Punkt auf unseren Plena waren immer die Baustellen. Die meisten wollten endlich mit Inhalten wie beispielsweise dem Infoladen oder mit Veranstaltungen anfangen, aber vieles davon wurde immer verschoben oder abgetan mit der Begründung, das geht noch nicht, weil kein passender Raum vorhanden ist oder das dürfen wir nicht, weil wir sonst Ärger mit der Stadt bekommen. Dieser vorausseilende Gehorsam hat viele Diskussionen gekostet. Aber in der letzten Zeit ist das um einiges besser geworden.

Am 8. Februar 2010 wurde das Autonome Zentrum vor einer Info-Veranstaltung zum diesjährigen Neonaziamarsch in Dresden von verummten Neonazis angegriffen. Zwei Personen wurden geschubst, geschlagen und bedroht, der Infoladen verwüstet und von innen ein Stuhl durchs Fenster geworfen. Das Verfahren läuft noch. Wie geht ihr politisch damit um?

Nach dem Angriff haben wir viel Zuspruch durch Leute und Projekte deutschlandweit bekommen. Letztlich ist das Autonome Zentrum jetzt viel bekannter als vorher.

Was bietet das Autonome Zentrum aktuell an? Welche Bereiche würdet ihr gerne verstärken?

Im Moment gibt es einen ganz gut funktionierenden Infoladen. Wöchentlich - meistens am Mittwoch ab 15 Uhr - gibt es den „AZ-Treff“, zu dem auch der Infoladen geöffnet ist. Zudem machen wir Veranstaltungen im Bereich der politischen Bildungsarbeit, allerdings momentan noch eher unregelmäßig. Einmal gab es die bereits erwähnte Info-Veranstaltung zu den Protesten gegen den Neonaziamarsch in Dresden. Dann haben wir Aktivist_innen aus Russland eingeladen, die über dortigen Neonazistrukturen berichtet haben oder hatten Veranstaltungen zu Rassismus, zu Antirassismus und Migration sowie zu Hierarchiefreiheit und Kommunikation. Außerdem gibt es politisches Kino. Dienstags treffen wir uns zum Plenum. Langfristig wollen wir hier gerne auch Wohnraum schaffen, aber dafür müssen wir noch ein paar Auflagen erfüllen. Seit neustem gib es auch eine erste Gruppe von außerhalb, die das Autonome Zentrum nutzen will.

Wie ist die aktuelle Situation?

Also, in den kommenden zehn Jahren werden wir sicher noch Geldnot haben, denn solange rechnen wir, bis alle Baustellen abgeschlossen sind und wir eine Struktur geschaffen haben, die von vielen Menschen unterschiedlich genutzt werden kann. Wir sind im Moment nur eine Handvoll Leute, die regelmäßig zum Plenum kommen. Das ist für die anfallenden Aufgaben bei weitem zu wenig. Deshalb freuen wir uns auch über jede und jeden, der oder die vorbei kommt und selber aktiv werden will.

Vielen Dank für das Gespräch! ■

7. August/Diesdorf (Altmarkkreis Salzwedel)

Während eines Feuerwehrzeltlagers fällt ein Jugendbetreuer auf einem Fest durch rechte Sprüche auf. Von einem anderen Betreuer darauf angesprochen, schlägt der 29-Jährige ihm mehrfach ins Gesicht, auch noch nachdem dieser das Bewusstsein verliert. Der 20-jährige Betroffene wird am Kopf verletzt und muss sich mehrere Tage im Krankenhaus behandeln lassen.

7. August/Weißenfels

Am frühen Morgen wird ein 29-jähriger Mann aus Niger im Lokal „Feldschlösschen“ zunächst angepöbelt und dann von mehr als einem Dutzend augenscheinlich Rechter unter rassistischen Beschimpfungen massiv geschlagen und getreten. Sein Freund, der ihm helfen will, wird aus dem Lokal gedrängt und ebenfalls verletzt. Auch eine Zeugin, die intervenieren will, wird bespuckt und getreten. Der 29-Jährige muss u.a. wegen Kopfverletzungen ambulant behandelt werden. Sein Freund trifft später erneut auf die Angreifer, die ihn rassistisch beleidigen und bedrohen. Weil sich ein Passant einmischte, gelingt es ihm zu flüchten. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

5. September/Halle

Vor dem Eingang der Diskothek „Turm“ werden ein 22-jähriger Syrer und seine Begleiter gegen zwei Uhr von einem offensichtlich alkoholisierten Mann angepöbelt. Kurz darauf kommen weitere Männer hinzu, beschimpfen die Gruppe rassistisch und greifen den 22-Jährigen und seine Freunde an. Schließlich versetzt einer der Angreifer dem jungen Syrer mehrere Messerstiche. Freunde fahren den stark blutenden, mittlerweile bewusstlosen Betroffenen ins Krankenhaus, wo er sofort notoperiert werden muss. Mehr als eine Woche schwebt er in Lebensgefahr. Zwei Tage nach dem Angriff nimmt die Polizei einen 21-Jährigen fest, gegen den wegen versuchten Totschlags ermittelt wird.

11. September/Magdeburg

Gegen ein Uhr nachts stoppen plötzlich mehrere PKWs an einer Parkanlage am Gouvernementsberg, in dem sich noch rund 15 alternative Jugendliche aufhalten. Aus den Autos steigen etwa zwanzig Vermummte, die sofort beginnen, gezielt nach Punks zu fragen. Dann schlagen und treten sie auf mehrere Jugendliche ein, wobei „Hasta la vista Antifascista“ gerufen wird. Bevor sie flüchten, drohen sie den Jugendlichen, dass sie das nächste Mal nicht lebend davonkämen. Vier Betroffene werden verletzt.

Soziokulturelle Zentren in Sachsen-Anhalt

„Ihr kriegt uns hier nicht raus“ lautet das Motto, mit dem die Bewohner_innen des alternativen Wohn- und Kulturprojekts „Alternative Lebensgestaltung e.V.“ (ALGE) derzeit in Oschersleben gegen eine Räumung ihres seit zehn Jahren bestehenden Hauses protestieren. Aktuell ist der Fortbestand des einzigen alternativen Zentrums im Bördekreis ernsthaft gefährdet: Die Oschersleber Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Bewos, der das Gelände gehört, hatte der ALGE zum 31. Juli gekündigt und danach die Frist zum Auszug mündlich um einen Monat verlängert.

Inzwischen hat die Bewos bei Gericht eine Räumungsklage eingereicht. Die ALGE wiederum hat einen Kaufantrag für das Objekt im Zentrum von Oschersleben gestellt und erarbeitet momentan ein tragfähiges Finanzierungsmodell. Gewollt ist der Kauf vom Eigentümer nicht. Denn der benachbarte kommunale Trink- und Abwasserverband (TAV) plant auf dem Gelände den Bau eines Parkplatzes. Eine Solidaritätsdemonstration mit rund 100 Teilnehmer_innen sorgte für eine Reihe von Leser_innen-Briefen in der Lokalausgabe der Volksstimme. „Ich würde den Alternativen die Alge lassen. Oschersleben soll erst das Problem mit den vielen Neonazis in den Griff bekommen“, schrieb eine Leserin.

Alternative Freiräume

Immer wieder waren die ALGE, ihre Bewohner_innen und Besucher_innen in den vergangenen zehn Jahren Ziel politisch rechts motivierter Angriffe. Eine Situation, die auch andere alternative Treffpunkte gut kennen. So wurde das Autonome Zentrum in Salzwedel im Vorfeld einer Mobilisierungsveranstaltung gegen den alljährlichen Neonaziaufmarsch in Dresden im Februar 2010 von zehn vermummten Neonazis angegriffen. Und gleichzeitig sind u.a. die unkommerziellen Konzerte, Partys und Veranstaltungen, die in den soziokulturellen

Zentren stattfinden für viele Jugendliche oftmals die einzige Alternative, wenn sie sich nicht den dominanten extrem rechten Jugendkulturen anschließen wollen. Tatsächlich steht die ALGE stellvertretend für eine Reihe von alternativen, linken und soziokulturellen Zentren in Sachsen-Anhalt, die angesichts leerer kommunaler Haushalte immer mehr mit dem Rücken zur Wand stehen.

Beeindruckende Vielfalt

Dabei ist die Vielfalt soziokultureller bis hin zu antifaschistischen und autonomen Jugendzentren in Sachsen-Anhalt angesichts der schlechten Rahmenbedingungen durchaus beeindruckend. Erst vor wenigen Wochen feierte das soziokulturelle Zentrum ZORA e.V. in Halberstadt sein 20-jähriges Bestehen mit einem großen Sommerfest. Ebenso wie der soziokulturelle Dachverein Reichenstraße, dessen vielfältiges Angebot – von Theater- und Kabarettaufführungen über Kino und Kinderladen – ganz unterschiedliche Besucher_innen anzieht. Auch die ebenfalls aus besetzten Häusern hervorgegangenen Hallenser Projekte VL / Ludwigstraße 37 und Reilstraße 78 sind seit etlichen Jahren fest etabliert und für ihre Nutzer_innen nicht mehr wegzudenken.

Anderorts versuchen alternative und antifaschistische Jugendliche durch Vereins- und Initiativengründungen, Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche mit politischen Entscheidungsträger_innen neue Freiräume zu erschließen. So wie die Initiative „Kultur mit Sahne“ in Wittenberg oder die „Initiative Alternatives Merseburg“. Ausgangspunkt ist in den meisten Fällen zunehmende Neonazigewalt gegen Treffpunkte alternativer Jugendlicher und junger Erwachsener im öffentlichen Raum und der Wunsch, ein eigenes, alternatives Kulturprogramm aufzubauen. Sie dabei zu unterstützen sollte nicht nur der Mobilen Opferberatung, sondern auch den jeweiligen Kommunen ein wichtiges Anliegen sein. ■

Ein Freiraum für Merseburg

Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche sind in Merseburg begrenzt, vor allem wenn sie eine nicht-rechte Jugendkultur etablieren und eigene Ideen umsetzen möchten. Nach dem brutalen Angriff von etwa 20 bewaffneten Neonazis im April 2010 auf eine Gruppe alternativer Jugendlicher, die sich auf dem Gelände der Alten Papierfabrik am Lagerfeuer getroffen hatte, hat sich die „Initiative Alternatives Merseburg“ gegründet, um einen alternativen Treffpunkt durchzusetzen. Denn dieser Überfall war nur der Höhepunkt einer ganzen Reihe von rechten Angriffen in Merseburg in den vergangenen Jahren.

Das Bedrohungsszenario durch organisierte Neonazis schränkt die Möglichkeiten von alternativen und nicht-rechten jungen Menschen in Merseburg stark ein. Seit im August 2008 der alternative Club „Wecker“ geschlossen wurde, haben linksgerichtete Jugendliche keinen Treffpunkt mehr. Ein Ersatzobjekt wurde bis heute nicht gefunden. Den meisten Jugendlichen bleibt so aus Angst, sich insbesondere in den Abend- und Nachtstunden im öffentlichen Raum zu treffen, nur noch der Rückzug ins Private. Ein alternatives Zentrum könnte der Verbreitung von menschenverachtenden Einstellungen und der Bedrohung etwas entgegensetzen und alternative Jugendkultur in Merseburg erfahr- und erlebbar machen.

Grundlegende Idee der Initiative ist es, einen geschützten Raum zu schaffen, an dem rassistische Diskriminierung, Nationalismus, Sexismus und andere Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung weder Platz noch Akzeptanz finden. Neben regelmäßigen Konzerten und Diskos sollen auch Workshops und Vorträge veranstaltet werden und Räumlichkeiten für Theaterprojekte, Sport und Kunst angeboten werden. Es soll ein Ort werden, an dem unterschiedliche Menschen aufeinander treffen können, um sich auszutauschen und Zeit miteinander zu verbringen. Ungezwungen und vor

allem ohne Hierarchien und Angst. Deshalb bemühen sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen um einen Austausch mit politisch Verantwortlichen und der Merseburger Bevölkerung. So treffen sie sich wöchentlich, um weitere Schritte zu diskutieren und haben ein Konzept für einen selbstorganisierten Treffpunkt erarbeitet. Dies ist nur möglich, weil die Migrantenselbstorganisation IVIZ e.V. sowie der evangelischen Kirchenkreis Merseburg der Initiative vorübergehend ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben. Um auf ihre Situation und ihre Forderung aufmerksam zu machen, haben die Jugendlichen während des Schlossfestes Flugblätter verteilt, sowie ein öffentliches Frühstück organisiert, wo Merseburger_innen mit ihnen ins Gespräch kommen konnten. Im August hat die Initiative - unterstützt vom Hochschulportbüro - das antirassistische Fußballturnier „Kicken für Freiräume“ veranstaltet und damit eindrucksvoll bewiesen, dass sie ihr Konzept auch umsetzen können. Über 80 Jugendliche und junge Erwachsene spielten Fußball oder hörten Musik und verliehen damit der Forderung der Initiative Nachdruck.

Außerdem lud die Initiative u.a. ihren Ideen aufgeschlossenen gegenüberstehenden Stadträt_innen und Kirchenvertreter_innen ein, besuchte den Sozialausschuss und den Runden Tisch für Demokratie und Friedfertigkeit. Weitere Kooperationsgespräche zur Verwirklichung und dauerhaften Etablierung eines solchen Treffpunktes sind in Planung. Ein von der Stadt zur Verfügung gestelltes Objekt wäre hierzu ein erster, längst überfälliger Schritt und zudem ein wichtiges politisches Signal für potenziell von rechter Gewalt Betroffene.

Gruppen oder Einzelpersonen, die das Anliegen unterstützen wollen, können sich unter der E-Mail Adresse ini_msb@gmx.de direkt an sie wenden. ■

12. September/ Magdeburg

Kurz nach Mitternacht stürmen etwa 20 augenscheinlich Rechte auf eine Gruppe linker Jugendlicher los, die an der Straßenbahnhaltestelle Quittenweg im Stadtteil Reform Musik hören. Einige Betroffene flüchten, werden aber verfolgt. Ein 20-Jähriger wird von mehreren Angreifern zu Boden gerissen, geschlagen und getreten. Auch ein weiterer Betroffener wird geschlagen. Zudem werfen einige Rechte die zurückgelassene Musikbox in das Wartehäuschen, sodass die Glasscheibe zu Bruch geht. Ein Betroffener muss im Krankenhaus behandelt werden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen Landfriedensbruchs.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Buchtipp:

Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt

In diesem Buch beleuchtet Stefan Dierbach den diskursanalytischen Zugang der Wissenschaft zum Phänomen *Rechte Gewalt*. Er diagnostiziert, dass *Rechte Gewalt* oft analytisch unzureichend und verharmlosend als „Jugendgewalt“ charakterisiert werde. So kritisiert er insbesondere die „Ausblendung des Politischen“.

Bei der Einordnung einer Handlung als politisch sei nicht ein geschlossenes Weltbild wesentlich, sondern die dabei zu Tage tretenden Logik, gezielt gesellschaftliche Gruppen auszuwählen, die ideologisch als Feinde gelten. Entsprechend fordert er, die Perspektive von Betroffenen *Rechter Gewalt* als wesentliche Bezugsgröße in die Ursachenforschung einzubeziehen.

Dierbach weist auch auf die Notwendigkeit für die deutsche Rechtsextremismusforschung hin, *Rechte Gewalt* im Kontext der deutschen NS-Vergangenheit zu interpretieren. Sie werde als „Propa-

ganda der Tat“ politisch wirksam, habe eine klare Richtung und eindeutige Absicht. Sie werde nicht von unpolitischen Jugendlichen begangen, sondern ist als Ausdruck ideologischer Überzeugungen ernst zu nehmen.

Im letzten Kapitel macht der Autor Vorschläge für die praktische Arbeit gegen *Rechte Gewalt*, beispielsweise im Bereich der Prävention. Das Resümee des Diplompädagogen fällt deutlich aus: Rechte Gewalttäter „brauchen keine ‚besondere‘ pädagogische Behandlung, sondern eine Gesellschaft, die sich ihnen auf allen Ebenen entgegenstellt“.

Stefan Dierbach (2010): Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über Rechte Gewalt. Bielefeld: transcript Verlag, 298 Seiten, 29,80 Euro, ISBN 978-3-8376-1468-8 ■

Ausschreibung für soziokulturelle Projekte

Noch bis zum 1. November können sich Träger soziokultureller Projekte beim Fonds Soziokultur um Fördermittel bewerben. Die Ausschreibung für das erste Halbjahr 2011 ist an kein spezielles Thema und auch an keine Kunst- und Kultursparte gebunden. Entschieden wird über die Vergabe im Januar 2011, die Projekte dürfen allerdings bis dahin nicht begonnen haben.

Gefördert werden zeitlich befristete Projekte, in denen neue Formen in der Soziokultur erprobt werden. „Selbstverständlich ist dabei das Eintreten für ein gerechtes Gemeinwesen und für kulturelle Vielfalt“, so die Wettbewerbsbeschreibung. Denn für den Fonds gehört zur Soziokultur „sich einmischen und öffentliche Anliegen zu den eigenen machen und Perspektiven entwickeln“.

Der Antrag kann über die Geschäftsstelle oder die Internet-Adresse bezogen werden: www.fonds-soziokultur.de/html/foerderung.html ■

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der „Opferfonds für Betroffene fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten über einhundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.),
Haidy Damm

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Wettbewerbsfähigkeit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert durch:



mit Mitteln des Landes

